

Die Phänomenbereiche des Antisemitismus

Antisemitismus in Deutschland – eine (neue) Querfront von Rechtsextremisten, Islamisten, „Grauen Wölfen“, Linksextremisten und anderen Antisemiten?

Stefan Goertz¹

Einleitung – Der terroristische Angriff der Hamas gegen Israel am 7. Oktober 2023

Am 7. Oktober 2023 drangen Hunderte Terroristen der palästinensischen Terrororganisation Hamas auf israelisches Territorium ein, zogen mordend durch Wohngebiete, verübten ein Massaker an 360 jungen Israelis auf offenem Gelände, töteten insgesamt über 1.400 Menschen, verletzten über 5.500 Menschen und verschleppten über 240 Menschen, von Kleinkindern bis zu Soldaten, in den Gaza-Streifen (Christ 2023; Welt.de 2023 a).

Die Gewalt, mit der die Hamas-Terroristen gegen die israelische Zivilbevölkerung vorgingen, scheint nach ersten Augenzeugen- und Medienberichten unbeschreiblich. Nach Angaben der Reporterin Nicole Zedek, veröffentlicht am 11. Oktober 2023, wurden z.B. etwa 40 getötete Kleinkinder gefunden (zitiert nach Die Welt 2023). Remko Leemhuis, Direktor des American Jewish Committee in Berlin, beschrieb Ende November 2023 die Gräueltaten der Hamas-Terroristen gegen Jüdinnen und Juden, Kleinkinder und Babys. Leemhuis berichtete u.a. davon, dass bei 300 Menschen, vor allem Frauen und Mädchen, eine Identifizierung nicht gelungen bzw. möglich sei, weil der Zustand der Leichen dies nicht zulasse. In einem Kibbuz sei ein von der Hamas getötetes israelisches Baby in einem Backofen gefunden worden, das dort verbrannt worden war (zitiert nach Speer 2023). Nach Angaben der ZDF-Journalistin Ninve Ermagan richtete sich die Gewalt der Hamas-Terroristen in Form von Vergewaltigungen, Folter und Leichenschändungen gezielt gegen Frauen. Hamas-Videos zeigen entblößte, gefolterte und verstümmelte Jüdinnen, die auf den professionellen Hamas-Telegram-Kanälen hochgeladen und somit für die ganze Welt zur Schau gestellt werden (Ermagan 2023). Das Kidnappen, Abschlachten und Vergewaltigen von Jüdinnen und jungen jüdischen Kindern und Babys habe es

1 Dieser Beitrag stellt die persönliche Auffassung des Autors dar.

in solch einem Ausmaß bisher noch nicht gegeben, erklärte Rebecca Schönenbach, Vorsitzende des Vereins „Frauen für Freiheit“. Zudem verfolge die Hamas – ebenso wie der „Islamische Staat“ zuvor – die Strategie, mit den Aufnahmen dieser Grausamkeit und die darauffolgende Zurschaustellung über Soziale Medien, weitere Mitglieder anzuwerben bzw. weiter zu radikalisieren (Ermagan 2023). Ausschnitte aus Verhören von Hamas-Terroristen belegen, dass es einen militärischen Befehl gab, Frauen zu vergewaltigen. Das Verschleppen von Geiseln nach Gaza soll zudem mit einer Wohnung und 10.000 Dollar belohnt worden sein (Ermagan 2023).

Israel-Kritiker und Antisemiten begannen unmittelbar nach dem 7. Oktober 2023 damit, die bestialischen, terroristischen Taten der Hamas-Terroristen zu relativieren und sie mit Luftschlägen der israelischen Streitkräfte gegen militärische Einrichtungen der Hamas zu vergleichen. Seit dem terroristischen Angriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 verbreiten sich sowohl online als auch offline zahlreiche antisemitische und antiisraelische Fake News sowie Desinformationen. Auf mehreren Demonstrationen in Deutschland wurde offen antisemitisch skandiert und das Ende des Staates Israels gefordert.

Dieser Beitrag untersucht einfühend antisemitische Straftaten in Deutschland seit dem terroristischen Angriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023, daneben antisemitische und israelfeindliche Demonstrationen in Deutschland im Herbst 2023. Im Schwerpunkt steht danach die Frage, ob es bzw. welche Arten einer Querfront von Antisemitismus es von den verschiedenen Extremismusbereichen und anderen Antisemiten in Deutschland gibt.

(Militanter) Antisemitismus in Deutschland – Herbst 2023

Unmittelbar nach dem terroristischen Angriff der Hamas auf Israel nahm auch der offene Antisemitismus auf deutschen Straßen und in deutschen Schulen massiv zu. Dieser offene Antisemitismus trifft Jüdinnen und Juden in allen Lebensbereichen, zeigen Zahlen der Rias-Meldestelle: 994 antisemitische Vorfälle wurden der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (Rias) für den Zeitraum vom 7. Oktober 2023 bis zum 9. November 2023 bundesweit gemeldet (Culina 2023).

Der Zentralrat der Juden in Deutschland nennt die aktuellen Zahlen „erschreckend“. Sie deckten sich mit den Erfahrungen der jüdischen Gemeinde, so Zentralratspräsident Josef Schuster. „Der Weg eines durchsetzungs-

fähigen, wehrhaften Rechtsstaates muss weiter vehement beschritten werden“, erklärte Schuster, ihm fehle „der geeinte Ansatz gegen Israel-Feindlichkeit und Judenhass auf deutschen Straßen“ (zitiert nach ebd.). Die auf israelfeindlichen Demonstrationen übliche Parole „From the river to the sea – Palestine will be free“ müsse „flächendeckend unter Strafe gestellt werden“ – auch um der Polizei eine rechtssichere Basis beim Auflösen israelfeindlicher Demonstrationen zu geben (vgl. ebd.).

Auch die Sicherheitsbehörden registrieren diesen Anstieg. Das Bundeskriminalamt (BKA) stellte vom 7. Oktober 2023 an ganze 3744 Straftaten im Zusammenhang mit den Ereignissen in Israel und Gaza fest. Insgesamt wurden dem BKA 680 antisemitische Straftaten seit dieser Zäsur gemeldet, davon 550 im Zusammenhang mit dem Hamas-Terror und dem Krieg in Gaza. Der Präsident des BKA, Holger Münch, sprach Ende November von einem hohen Eskalationspotenzial in Deutschland und befürchtet eine zunehmende Radikalisierung durch die Entwicklungen im Nahen Osten (vgl. ebd.).

Von den deutschlandweit erfassten antisemitischen Straftaten ereignete sich gut ein Drittel in Berlin. Das Bundeskriminalamt verzeichnet seit dem 7. Oktober 2023 insgesamt einen starken Anstieg der Taten. Vom 7. Oktober bis Mitte Dezember 2023 zählten die deutschen Landeskriminalämter mehr als 4700 Straftaten mit Bezug zum aktuellen Nahost-Konflikt. Bei diesen Straftaten handelte es sich häufig um Volksverhetzung, Widerstandsdelikte gegen Polizeibeamte im Rahmen von Anti-Israel-Demonstrationen sowie Sachbeschädigungen. Antisemitische Straftaten werden separat erfasst, bei der politisch motivierten Kriminalität (PMK). Nach Angaben des Bundeskriminalamtes waren das im Zeitraum 7. Oktober 2023 bis zum 23. Dezember 2023 „bislang über 1000“. Die Zahl werde jedoch höher ausfallen, weil die Ermittlungen bei den Staatsschutz-Dienststellen noch laufen (Lutz 2023).

Der Antisemitismus-Beauftragte der Bundesregierung, Felix Klein, sprach von einer „Lawine des Antisemitismus“ und betonte: „Wir müssen Jüdinnen und Juden nicht nur physisch schützen, sondern auch im digitalen Raum, denn aus Worten werden rasch Taten.“ Ein Großteil finde online statt. Er sieht die Internetunternehmen in der Pflicht, dagegen vorzugehen. „Wenn sie das nicht tun, muss der Staat sie dazu bringen“, so Klein (zitiert nach Lutz 2023).

Antisemitische und israelfeindliche Demonstrationen in Deutschland im Herbst 2023

Kurz nach den terroristischen Angriffen der Hamas, durch die vor allem Zivilisten – darunter auch zahlreiche Kinder – getötet wurden, verteilte die Hamas-Unterstützerorganisation Samidoun in Berlin-Neukölln Süßigkeiten und feierte damit die Gräueltaten der Hamas. Zum Hintergrund des Verteilens von Süßigkeiten in Berlin-Neukölln muss kurz erklärt werden, dass, immer wenn palästinensische Terroristen in den vergangenen Monaten und Jahren israelische Zivilisten ermordet hatten, jubelnde Palästinenser in Gaza, Ramallah und anderswo zur Feier des Mordens Süßigkeiten verteilten. Am 7. Oktober 2023, der Beginn der terroristischen Offensive der Hamas in Israel, fanden diese Aktionen aber nicht nur in palästinensischen Gebieten statt, sondern auch in Berlin (ZDF heute 2023).

Die Organisation Samidoun war bereits einige Jahren lang als Unterstützerorganisation der vom Landesamt für Verfassungsschutz Berlin als linksextremistisch eingestuften „Volksfront für die Befreiung Palästinas“ (PFLP) in Deutschland aktiv. Das Landesamt für Verfassungsschutz Berlin erklärt aktuell, dass es in den „letzten Jahren regelmäßig zu antisemitischen Bekundungen und Forderungen etwa nach einer Zerschlagung des Staates Israel“ im Kontext von Demonstrationen der „Samidoun“ gekommen sei. Forderungen nach einem „Palästina vom Jordan-Fluss bis zum Mittelmeer“ und das Ziel der „Befreiung“ Palästinas, einschließlich des israelischen Staatsgebiets, ließen sich seit Jahren mehrfach in Veröffentlichungen von „Samidoun“ finden (Senatsverwaltung für Inneres und Sport Berlin 2023: 65). Darüber hinaus hatte das Landesamt für Verfassungsschutz Berlin bereits im Februar 2023 von etwa einem Dutzend Demonstrationen in Berlin berichtet, bei denen es „wiederholt zu israelfeindlichen Sprechchören und z. T. gewalttätigen Auseinandersetzungen mit der Polizei“ gekommen sei (ebd. 66).

In den vergangenen Jahren hatte die Organisation Samidoun mehrfach mit Demonstrationen für Aufruhr gesorgt, bei denen der palästinensische Terrorismus glorifiziert wurde. Im April 2023 riefen Teilnehmerinnen und Teilnehmer einer von Samidoun organisierten Demonstration in Deutschland, dass man für „blutige Körper“ sorgen und die Al-Aksa-Moschee in Jerusalem „befreien“ wolle. „Versammelt euch, lang leben die Waffen“ und „Raketen regnen Freiheit“, hießen weitere Parolen damals. Die Ideologie der Volksfront zur Befreiung Palästinas (Popular Front for the Liberation of Palestine, PFLP), deren Vorfeldorganisation in Deutschland die Organi-

sation Samidoun war (Verfassungsschutz.de 2023), setzt sich aus Antisemitismus und Marxismus-Leninismus zusammen. Die Organisation nennt sich selbst säkular und strebt einen „sozialistischen Staat Palästina“ auf dem Staatsgebiet Israels an, arbeitet aber auch mit der islamistisch-terroristischen Hamas zusammen (Welt.de 2023 b).

Am Wochenende des 4. November 2023 kam es im Rahmen von Pro-Palästina Demonstrationen in Deutschland, u.a. in Essen, Düsseldorf und Berlin zu verstörenden Bildern und Videos. Sprechchöre von der Demo in Essen, in denen ein „Kalifat“ gefordert wird, IS-Fahnen, dazu der Aufruf, „die Ungläubigen zu besiegen“ können als Beispiele gelten. Plakate, auf denen der Holocaust relativiert wird und Israel das Existenzrecht abgesprochen wird, waren deutlich sichtbar. In Berlin wurden Starbucks-Kunden von Demonstrationsteilnehmern angepöbelt und Filialen bespuckt, weil die Kette angeblich Israel unterstütze. Demonstranten erklimmen in Berlin den Neptunbrunnen, unweit des Roten Rathauses und Alexanderplatzes, schwenkten dort Palästina-Fahnen und skandierten antisemitische Parolen. Da wurden „Grenzen überschritten“, erklärte der Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen (NRW), Hendrik Wüst (CDU): „Es ist völlig inakzeptabel, dass islamistische Extremisten auf den Straßen unseres Landes für ihre Ziele werben und ein Kalifat fordern. Das werden wir nicht hinnehmen“ (zitiert nach Merkur.de 2023).

Die deutschen Polizeien sprachen von mehreren Tausend Menschen als Demonstrationsteilnehmer in mehreren Städten. In Essen erschallten Rufe zur Errichtung eines islamistischen Kalifats in Deutschland. Dazu rief die islamistische Vereinigung Hizb ut-Tahrir auf, für die seit 2003 ein Betätigungsverbot gilt. Bei der Kundgebung in Essen habe sich herausgestellt, dass das Pro-Palästina-Thema vorgeschoben gewesen sei, erklärte ein Polizeisprecher.

Bei der Demonstration in Berlin am 4. November 2023, an der über 8500 Menschen teilnahmen, leitete die Berliner Polizei 30 Ermittlungsverfahren ein, 16 wegen Verdachts der Volksverhetzung. Zu der Demo hatten mehrere propalästinensische Gruppierungen aufgerufen. Mobilisiert hätten zudem „viele aus dem linkspolitischen Spektrum, die auch in diesem Jahr bereits zur ‚revolutionären 1. Mai-Demo‘ aufgerufen haben“, so die Berliner Polizei (vgl. ebd.).

In Berlin-Neukölln drangen drei Männer in ein Café ein, schubsten den Gastwirt beiseite und rissen ein Plakat von der Wand, das eine 90-Jährige zeigte, die von der Terrororganisation Hamas am 7. Oktober 2023 beim Überfall auf Israel getötet worden war. Vor dem Lokal warteten weitere

Personen, die gemäß Zeugenangaben diese Aktion lautstark mit antiisraelischen Rufen feierten (Welt.de 2023 c).

Zu einer ähnlichen Demonstration wie in Berlin versammelten sich am gleichen Tag auch rund 17.000 Menschen in Düsseldorf. Dort stellte die Polizei zu Beginn mehrere Plakate sicher, auf denen der Holocaust relativiert wurde.

Zusammengefasst: Die zahlreichen Pro-Palästina-Demonstrationen wurden nicht nur von den im Hellfeld ca. 28.000 Islamisten in Deutschland und ca. 12.100 Mitglieder des türkischen Rechtsextremismus („Ülkücü“, „Graue Wölfe“) besucht, sondern auch von Linksextremistinnen und Linksextremisten, aber auch von zahlreichen Menschen, die nicht als Extremisten eingestuft sind. Dort wurde offensiv antisemitisch agitiert, dazu bei manchen Demonstrationen und von manchen Teilnehmerinnen und Teilnehmern auch offen die Bundesrepublik Deutschland und ihre freiheitlich demokratische Grundordnung abgelehnt.

Aktuelle antisemitische Fake News und Desinformationskampagnen

„Die digitale Bilderflut in sozialen Medien, oft gepaart mit Fake News, trägt zur Emotionalisierung bei und kann als Radikalisierungsfaktor fungieren.“

Thomas Haldenwang, Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Ende November 2023 (ZDF.de 2023).

Seit dem terroristischen Angriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 verbreiten sich sowohl online als auch offline zahlreiche antisemitische und antiisraelische Fake News sowie Desinformationen: beispielsweise die propagandistische Falschmeldung, Israel töte gezielt palästinensische Kinder, der terroristische Angriff der Hamas am 7. Oktober 2023 auf Israel sei inszeniert worden („false flag“-Operation) oder Israel begehe einen Genozid in Gaza, die israelische Regierung sei verantwortlich für den Messerangriff am 24. November 2023 in Dublin sowie für den Anschlag in Brüssel am 17. Oktober 2023 (Tagesschau.de 2023). Fake News und Verschwörungserzählungen wie diese, die israelische Regierung habe von geplanten Terroranschlägen gewusst, sie zugelassen oder gar orchestriert, dämonisieren Israel. In zahlreichen Posts wird behauptet, dass die israelische Regierung nicht einmal vor der Ermordung der eigenen Bevölkerung zurückschrecke, sogar davon profitiere oder „geheime Pläne“ damit umsetzen wolle. „Israel

wird bei diesem Narrativ vom Opfer zum Täter gemacht“, erklärt Samuel Salzborn, der Antisemitismusbeauftragte des Landes Berlin (vgl. ebd.).

Weiter erklärt Salzborn, dass die aktuelle Falschmeldung, Israel töte gezielt palästinensische Kinder („Israel als Kindermörder“), ein altes, religiöses antisemitisches Stereotyp sei. Die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus e.V. Bayern (RIAS) schreibt in ihrem Informationsblatt „From the river to the sea“: „Das Motiv des kindermordenden Israel geht zurück auf die mittelalterliche antisemitische Ritualmordlegende, nach der Juden Kinder ermorden, um deren Blut für rituelle Zwecke zu verwenden.“ Die Bezeichnung Israels als „Kindermörder“ zeige deutlich, wie antisemitische Stereotype auf Israel angewandt werden, das so zum „kollektiven Juden“ werde. Auch die Darstellung von israelischen Politikern und Soldaten als „blutrünstige“ Bestien stehe oft in dieser Tradition (RIAS Bayern 2021: 58).

Ganz im Gegenteil, die israelischen Streitkräfte legen bei jeder militärischen Operation einen besonderen Fokus darauf (Legitimität demokratischer Streitkräfte), die palästinensische Zivilbevölkerung, ganz besonders Kinder, zu schonen und zu vermeiden, dass Zivilbevölkerung angegriffen, verletzt oder gar getötet wird. Vor dem Hintergrund der bestialischen Morde von Hamas-Terroristen an israelischer Zivilbevölkerung, Babys, Kinder und Jugendlichen ist der Vorwurf „Kindermörder Israel“ besonders perfide.

Der Hisbollah-nahe Fernsehsender „Al-Manar“ ist in Deutschland zwar schon längere Zeit verboten, lässt sich online aber weiterhin empfangen. Wenn antisemitische und israelfeindliche Social-Media-Accounts geschlossen werden, sind oftmals kurze Zeit später neue Ableger online.

Antisemitismus von Rechtsextremisten, „Reichsbürgern“ und „Selbstverwaltern“ sowie von Delegitimierern in Deutschland

Antisemitismus von Rechtsextremisten in Deutschland

Im Rechtsextremismus entscheidet nach Angaben des Bundesamtes für Verfassungsschutz die Zugehörigkeit zu einer Ethnie, Nation oder „Rasse“ über den Wert eines Menschen. In einer solchen ethnisch-rassistisch definierten „Volksgemeinschaft“ werden die zentralen Werte der freiheitlichen demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland missachtet. Nationalismus, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit wie Rassismus und Antisemitismus, Geschichtsrevisionismus sowie Demokratiefeindlich-

keit prägen die rechtsextremistische Agitation, erklären die deutschen Verfassungsschutzbehörden aktuell (vgl. Bundesministerium des Innern und für Heimat 2023: 48).

Antisemitismus ist im deutschen Rechtsextremismus nach Angaben der deutschen Verfassungsschutzbehörden ein szenübergreifend verbindender Faktor, der – in verschiedener Ausprägung und in verschiedenen Radikalisierungsverläufen – auf der Einstellungsebene vom Ressentiment bis hin zu Mord auf der Handlungsebene reicht. Vor allem neonazistische und gewaltorientierte Rechtsextremistinnen und Rechtsextremisten beziehen sich öffentlich und klandestin auf antisemitische Verschwörungserzählungen, die hinter globalen Eliten Jüdinnen und Juden als verbrecherische „Drahtzieher“ mit Weltherrschaftsanspruch vermuten. Solche antisemitischen Verschwörungserzählungen können, wie das Attentat von Halle am 9. Oktober 2019 – der geplante Anschlag des Rechtsterroristen Stephan Balliet auf die Synagoge – zeigte, ein tatuslösendes Anschlags- und Mordmotiv darstellen (siehe den Beitrag von Hartleb und Schiebel zu Lone Actors in diesem Band).

Für rechtsextremistische Parteien in Deutschland bietet der Antisemitismus seit vielen Jahren ein wesentliches – in unterschiedlicher Ausprägung – ideologisches Identifikationsmerkmal und breites Agitationsfeld. Klassische Themengebiete der Parteien wie die „Anti-Asyl-Agitation“ oder eine angebliche „Islamisierung“ Deutschlands bleiben zwar dominierend, werden aber häufig mit antisemitischen Verschwörungserzählungen kombiniert, so beispielsweise mit der Verschwörungserzählung „Der große Austausch“/„Großer Austausch“/The Great Replacement“. Eine besondere Anschlussfähigkeit für die Verbreitung antisemitischer Narrative und Verschwörungserzählungen rechtsextremistischer Parteien boten in jüngster Zeit die Corona-Pandemie und die damit einhergehende Kritik an staatlichen Maßnahmen sowie der Nahost-Konflikt. Aus strategischen Gründen nutzen rechtsextremistische Parteien beziehungsweise ihre Mitglieder häufig den Weg des codierten Antisemitismus. In Bezug auf den Nahost-Konflikt wird der antizionistische Antisemitismus jedoch auch ganz offen von Mitgliedern und Politikern rechtsextremistischer Parteien transportiert. Innerhalb der rechtsextremistischen Gruppierung „Neue Rechte“ spielt die Verbreitung der antisemitischen Verschwörungstheorie des „Great Reset“ – vor allem im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie – eine vitale Rolle. Die große Gefahr, dass Rechtsextremisten die Anschlussfähigkeit antisemitischer Positionen für ihre Zwecke nutzen, hat sich insbesondere im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie und den damit einhergehenden

staatlichen Bekämpfungsmaßnahmen gezeigt. Die Pandemie bot und bietet rechtsextremistischen und antisemitischen Akteurinnen und Akteuren weiterhin die Möglichkeit, Proteste des sehr heterogenen Spektrums von coronaleugnenden, staatliche Maßnahmen kritisierenden und Impfungen ablehnenden Personenkreisen für sich zu instrumentalisieren, um dadurch Reichweite und Akzeptanz der eigenen Argumente zu vergrößern.

Am Beispiel des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine lässt sich die Dynamik des Antisemitismus im Rechtsextremismus und besonders von antisemitischen Verschwörungstheorien im Rechtsextremismus verdeutlichen. So wurde das aktuelle Geschehen des Ukrainekrieges unmittelbar nach dem Beginn des Angriffskrieges eine Umdeutung von rechtsextremistischen Akteuren antisemitisch umgedeutet, wie das Bundesamt für Verfassungsschutz aktuell analysiert. Erzählungen, nach denen beispielsweise der Ukrainekrieg Teil einer vermeintlichen „jüdischen“ Strategie zur Erlangung der Weltherrschaft sei, werden u.a. in den Sozialen Medien verbreitet. Verwiesen wird dabei auf eine angebliche „jüdische“ Kontrolle entweder der Ukraine oder Russlands oder beider Staaten (vgl. Bundesministerium des Innern und für Heimat 2023: 69).

Antisemitismus von „Reichsbürgern“ und „Selbstverwaltern“ in Deutschland

Der Extremismusbereich „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ ist geprägt von Ideologeelementen, die teilweise auch von antisemitischen Anschauungen beeinflusst und mit Verschwörungserzählungen verbunden sind (vgl. den Beitrag von Hartleb und Schiebel zu den Reichsbürgern in diesem Band). So vertreten vereinzelte Gruppierungen antisemitische Ansichten. Auch bei einigen szenezugehörigen Einzelpersonen sind verfestigte antisemitische Anschauungen zu beobachten. Diese äußern sich häufig in entsprechenden Beiträgen im Internet beziehungsweise in den Sozialen Medien oder durch den wiederholten Versand von Schreiben mit einschlägigen Inhalten. Der Antisemitismus unter „Reichsbürgern“ und „Selbstverwaltern“ betrifft sämtliche seiner oben dargestellten Erscheinungsformen. Vor allem wird das antisemitische Narrativ, es gebe jüdische Kräfte, die angeblich aus dem Hintergrund und mittels finanzieller Potenz die Geschicke der Welt lenkten und beeinflussten, verbreitet. In verschiedenen Formen – vor allem mit Bezug auf die Familie Rothschild und deren angebliche Machtausübung – werden verschwörungstheoretische Ansichten teilweise

auch mit tages- und gesellschaftspolitischen Themen verknüpft (vgl. Bundesamt für Verfassungsschutz 2022: 67-71).

Radikalisierungsverläufe von „Reichsbürgern“ und „Selbstverwaltern“ finden vor allem auch online statt, vornehmlich in den Sozialen Medien. Dort haben sich auch in diesem Extremismusphänomenbereich auf unterschiedlichen Plattformen „Echokammern“ etabliert, in denen extremistische Narrative und Ideologieelemente ungefiltert verbreitet werden und für Aktivitäten in der Realwelt mobilisiert wird. Auch stark menschenverachtende oder gewaltorientierte Äußerungen einzelner Mitglieder bleiben hier häufig unwidersprochen oder werden sogar aktiv unterstützt, führen die Verfassungsschutzbehörden aktuell aus (vgl. ebd.).

Antisemitismus von Delegitimierern in Deutschland

Delegitimierer („verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates“, seit 2021 ein neuer Phänomenbereich von Extremismus in Deutschland), in Österreich und in der Schweiz auch Staatsleugner oder Staatsverweigerer intendieren, „wesentliche Verfassungsgrundsätze außer Kraft zu setzen oder die Funktionsfähigkeit des Staates oder seiner Einrichtungen zu beeinträchtigen“ (vgl. Goertz/Stockhammer 2023: 190-199; vgl. auch den Beitrag von Hartleb und Schiebel zu den Reichsbürgern in diesem Band). Hierbei machen sie demokratische Entscheidungsprozesse und Institutionen verächtlich oder rufen dazu auf, behördliche oder gerichtliche Anordnungen und Entscheidungen zu ignorieren, erklären die Verfassungsschutzbehörden aktuell. Diese Form der Delegitimierung erfolgt häufig nicht über eine offene Ablehnung der Demokratie als solche, sondern über eine ständige Verächtlichmachung von und Agitation gegen demokratisch legitimierte Repräsentantinnen und Repräsentanten sowie Institutionen des Staates. Eine derartige Agitation steht im Widerspruch zu elementaren Verfassungsgrundsätzen, insbesondere dem Demokratie- oder dem Rechtsstaatsprinzip.

Delegitimierer weisen diverse Bezüge zu und ideologische Schnittmengen mit anderen Extremismusphänomenbereichen auf. In der Coronapandemie verbreiteten Delegitimierer auch antisemitische Verschwörungserzählungen, erklärt das Bundesamt für Verfassungsschutz aktuell. Gängige, durch Delegitimierer rezipierte Verschwörungserzählungen sind unter anderem Narrative wie beispielsweise der „Great Reset“ oder Erzählungen über eine vermeintlich von den Eliten geplante „Neue Weltordnung“ (NWO) (Bundesamt für Verfassungsschutz 2022: 116-117).

Antisemitismus von Islamisten in Deutschland

„Die Juden“ bilden als Feindbild, als Gegner, einen wesentlichen gemeinsamen Nenner in der Ideologie aller islamistischen Gruppierungen und Strömungen. Dabei orientieren sich Islamisten und Salafisten nach Angaben des Bundesamtes für Verfassungsschutz einerseits an „antijüdischen Traditionen des Islam“, andererseits lasse sich „das antisemitische Narrativ im Islamismus aber auch auf europäische Quellen und nicht zuletzt auf den Nationalsozialismus zurückführen“ (Bundesamt für Verfassungsschutz 2023: 91-92). So habe beispielsweise die Ritualmordlegende, wonach im „Judentum Kinderblut für die Herstellung von Mazzen für das Pessachfest benötigt“ werde, ihren Ursprung zwar im „christlichen Mittelalter; sie werde aber bis heute in islamistischen Kreisen aufgegriffen und nach Europa reimportiert“, führt das Bundesamt für Verfassungsschutz aus (vgl. ebd. 92). Antisemitismus im Extremismusphänomenbereich „Islamismus, Salafismus und islamistischer Terrorismus“ erscheint in unterschiedlicher Ausprägung. Mit Bezug auf religiöse Quellen wie den Koran beispielsweise gelten „Jüdinnen und Juden im Islamismus vielfach als Mörder ihrer eigenen Propheten und somit als Rebellen wider Gott, deren Bekämpfung gleichsam als göttlicher Auftrag zu verstehen“ sei, analysieren die Verfassungsschutzbehörden (vgl. ebd.). Daneben werden Jüdinnen und Juden häufig auf der Ebene des sozialen Antisemitismus als vitale Akteure der internationalen Finanzwelt betrachtet.

Besonders wirkmächtig ist hier die Verschwörungserzählung, nach der sich „internationale jüdische Verschwörungen insbesondere gegen die islamische Welt richten“. Die Verschwörungserzählung eines „Vernichtungskrieges“ des israelischen Staates gegen die palästinensische Bevölkerung gelte dabei „in großen Teilen der arabisch-islamischen Gesellschaften als Konsens“ und gehe dabei weit über den Bereich von Islamismus hinaus. Dieser antisemitische Hass könne in einzelnen Fällen durchaus exterminatorische Züge annehmen, stellt das Bundesamt für Verfassungsschutz aktuell fest (vgl. ebd.). Solche antisemitischen Verschwörungserzählungen und damit verbundenen Narrative, die nach Angaben der deutschen Verfassungsschutzbehörden in der Bevölkerung der nah- und mittelöstlichen Staaten präsent seien, finden über eine Vielzahl von modernen Kommunikationskanälen ihren Weg auch nach Deutschland und andere europäische Staaten. Hier verweist das Bundesamt für Verfassungsschutz auch auf TV-Sender, die eine direkte Anbindung an eine extremistische Organisation haben, wie beispielsweise „al-Manar“ an die „Hizb Allah“, aber auch

Inhalte von Predigern wie Yusuf al-Qaradawi. An den weltweit verbreiteten Predigtinhalten von Yusuf al-Qaradawis lasse sich die Doppelstrategie von Teilen des islamistischen Spektrums illustrieren, Kernelemente ihrer Ideologie wie den Antisemitismus nach Europa zu exportieren. Das Bundesamt für Verfassungsschutz erklärte bereits im April 2022, dass dieses oben beschriebene Phänomen „vor allem vor dem Hintergrund des in den letzten Jahren erfolgten verstärkten Zuzugs von Musliminnen und Muslimen nach Deutschland an weiterer Bedeutung“ gewinne, da sehr viele dieser Menschen aus Ländern stammen würden, „in denen antisemitische Einstellungen seit vielen Jahrzehnten alltäglich“ seien und „selbst von deren Regierungen propagiert“ würden (vgl. ebd.).

Antisemitismus von „Grauen Wölfen“ in Deutschland

Die rechtsextremistische türkische „Ülkücü“-Bewegung („Idealisten“-Bewegung), zu der auch die „Grauen Wölfe“ gehören, entstand Mitte des 20. Jahrhunderts in der Türkei. Sie fußt nach Angaben der deutschen Verfassungsschutzbehörden „auf einer extrem nationalistischen bis rechtsextremistischen Ideologie, die maßgeblich von Elementen wie Rassismus und Antisemitismus geprägt“ werde. Innerhalb dieser Bewegung reiche die ideologische Bandbreite vom Bezug auf Mythen aus vorislamischer Zeit über einen nationalistischen Kemalismus bis in den Randbereich des Islamismus. Das Ziel der Bewegung sei die Verteidigung und Stärkung des Türkentums. Als Idealvorstellung gilt die Errichtung von „Turan“ – einem ethnisch homogenen Staat aller Turkvölker unter Führung der Türken. Dafür sollen „Turan“ die Siedlungsgebiete aller Turkvölker einverleibt werden. Je nach ideologischer Lesart erstrecken sich diese vom Balkan bis nach Westchina oder Japan, so erklärt das Bundesamt für Verfassungsschutz aktuell. Symbol und bekanntestes Erkennungszeichen der „Ülkücü“-Bewegung ist der „Graue Wolf“ („Bozkurt“) und der daraus abgeleitete sogenannte Wolfsgruß, bei dem die Finger der rechten Hand am ausgestreckten Arm den Kopf eines Wolfes formen. Oft werden Anhängerinnen und Anhänger der „Ülkücü“-Bewegung daher auch als „Graue Wölfe“ („Bozkurtlar“) bezeichnet (Bundesministerium des Innern und der Heimat 2023: 254-255).

Im türkischen Rechtsextremismus („Graue Wölfe“) bildet der Antisemitismus nach Angaben des Bundesamtes für Verfassungsschutz ein „ideologisches Kernelement“. So sei die Ideologie des türkischen Rechtsextremismus geprägt „von einer Überhöhung des Türkentums bei gleichzeiti-

ger Abwertung anderer Nationen, Ethnien und Religionen“ (Bundesamt für Verfassungsschutz 2022: 94). „Die Feindschaft gegen Jüdinnen und Juden“ habe hierbei seit langem einen besonderen Stellenwert, erläutern die deutschen Verfassungsschutzbehörden. Manche Feindbilder würden durch territoriale Konkurrenz begründet, andere würden eher ideologisch hergeleitet (beispielsweise die USA als Inbegriff „des Westens“). Der Antisemitismus der „Ülkücü“-Anhängerschaft begründet sich in der Analyse des Bundesamtes für Verfassungsschutz aus weithin irrationalen Vorstellungen, religiösen Fehlinterpretationen, tatsachenwidrigen Verschwörungserzählungen sowie „biologistisch hergeleiteten Minderwertigkeitszuschreibungen“ (ebd.). Verbunden werde dies mit einer dezidierten Israel-Feindlichkeit.

Von den etwa 12.100 in Deutschland lebenden Anhängerinnen und Anhängern der „Ülkücü“-Bewegung sind nach Angaben des Bundesamtes für Verfassungsschutz etwa 10.500 in drei großen Dachverbänden organisiert. Diese vertreten in verschiedener Ausrichtung und Ausprägungen Elemente der „Ülkücü“-Ideologie. Teilweise handelt es sich bei den Verbänden um Auslandsorganisationen extrem nationalistischer türkischer Parteien. Die großen Verbände sind in der Außendarstellung um ein eher gemäßigtes Auftreten bemüht und kommunizieren ihre rechtsextremistische Ideologie eher „nach innen“, vor allem in den ihnen zugehörigen Vereinen. Nicht in den großen Verbänden organisierte Anhänger der „Ülkücü“-Bewegung, „Graue Wölfe“, leben ihre meist rassistischen und antisemitischen Feindbilder dagegen häufig offen aus, beispielsweise in den Sozialen Medien, aber auch beim öffentlichen Aufeinandertreffen mit ihren politischen Gegnern, beispielsweise PKK-Anhängern (Goertz/Stockhammer 2023: 217). Bei der Fussballeuropameisterschaft in Deutschland 2024 haben die Grauen Wölfe ihre hässliche Fratze deutlich gezeigt.

Antisemitismus von Linksextremisten in Deutschland

Die deutschen Verfassungsschutzbehörden konstatieren, dass der Antisemitismus weder ein Wesensmerkmal des Linksextremismus noch ein elementarer Bestandteil seiner Ideologie sei. Dies schließt nach Angaben des Bundesamtes für Verfassungsschutz jedoch individuelle antisemitische Einstellungen und Rückgriffe auf antisemitische Stereotype bei Linksextremisten nicht aus. Im deutschen Linksextremismus gebe es eine „antisemitische Tradition“, ausgehend von den Frühsozialisten und der Arbeiterbewegung

bis hin zu von Linksextremisten verübten Anschlägen gegen jüdische Einrichtungen Ende der 1960er Jahre und einer antiisraelischen Haltung von Angehörigen der ersten RAF-Generation, so die deutschen Verfassungsschutzbehörden aktuell. Dieser Antisemitismus war u.a. antikapitalistisch motiviert und basierte historisch auf einer Gleichsetzung von „Juden“ und „Kapital“. Das BfV analysiert, dass deutsche Linksextremisten aktuell in der Regel nicht dezidiert antisemitische, sondern antiisraelische Positionen vertreten; dabei wird „Israelkritik“ zudem mit Kapitalismuskritik verbunden (Bundesamt für Verfassungsschutz 2020: 80).

Antiisraelische bzw. antisemitische Narrative werden innerhalb des deutschen Linksextremismus vor allem von den sogenannten Antiimperialisten, vertreten. Antiimperialistische Gruppierungen, so z.B. der „Rote Aufbau Hamburg“, sind mit Schwerpunkt in Hamburg, aber auch in Bremen und Berlin vertreten. Antiimperialisten verurteilen Israel als „verlängerten Arm“ der „imperialistischen“ USA, insbesondere in Bezug auf den israelisch-palästinensischen Konflikt. Im Zusammenhang mit israelischen Aktionen gegen die Palästinenser werden auch antisemitische Stereotype – u.a. die Begriffe „Apartheitsregime“, „Holocaust“, „Pogrom“, „Vernichtungskrieg“ und „Völkermord“ – verwendet. Insofern setzen Antiimperialisten die Politik Israels mit den Verbrechen des Nationalsozialismus gleich. Vor diesem Hintergrund wird auch das Existenzrecht Israels negiert (vgl. den Beitrag von Armin Pfahl-Traugher in diesem Band).

Der unabhängige Expertenkreis „Antisemitismus des Deutschen Bundestags“ hatte schon im Jahr 2011 zum Kontext Post-Kolonialismus, Linksextremismus und andere Extremismusbereiche erklärt: „Vor diesem Hintergrund verknüpfen sich antizionistische und antiamerikanische Einstellungen zu einem Vorurteilmuster, das eine legitime Kritik an der israelischen Politik missbraucht, um antisemitische Dispositionen in einer vermeintlich legitimierten Form zu äußern. Das Zusammentreffen dieser Motive bedient die Kritiker von Kolonialisierung und Globalisierung auf der extremen Linken, den traditionell antisemitischen Rechtsextremismus sowie Teile der muslimischen/arabischen Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Hier verbinden sich klassischer Antisemitismus, Antizionismus, aber auch postkoloniale Traumata zu einem Weltbild, das durchaus gesellschaftliche Sprengkraft besitzt“ (vgl. Deutscher Bundestag 2011).

Der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Josef Schuster, erklärte am 6. Dezember 2023, er sehe „einen zunehmend aktiveren Antisemitismus von links“: „Seit dem 7. Oktober erleben wir antisemitische Äußerungen und Aktionen verstärkt aus linken, leider auch akademischen

Kreisen“ (zitiert nach Welt.de 2023 d). Dieses Phänomen hat sich mittlerweile durch aktuelle Vorfälle noch verstärkt, wie Michael Wolffsohn im Vorwort dieses Bandes erläutert.

Antisemitismus außerhalb der Extremismusbereiche in Deutschland

Das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) hatte schon im April 2022 erklärt, dass Antisemitismus in allen extremistischen Phänomenbereichen feststellbar sei, aber nicht nur dort. Antisemitische Einstellungen seien in der deutschen Gesellschaft, und zwar auch in ihrer Mitte, verbreitet, erklärte das BfV (Bundesamt für Verfassungsschutz 2022: 17). Die neuesten Ergebnisse von seit 2002 durchgeführten Langzeitstudien untermauern diesen Befund. Der als sogenannten Mitte-Studie bekannten Erhebung zufolge stimmen der klassisch antisemitischen Aussage „Auch heute noch ist der Einfluss der Juden zu groß“ aktuell insgesamt 4,3 Prozent der befragten Personen in manifester und 15 Prozent in latenter Weise zu (Zick/Küpper 2021: 86 f.). Die sogenannte Leipziger Autoritarismus-Studie kommt zu deutlich höheren Raten, wonach 10,2 Prozent der befragten Personen manifest und 24,6 Prozent latent zustimmen (Decker/Brähler 2020: 225). Ähnlich zeigt sich das Bild in Bezug auf Aussagen, die Israel und das NS-Regime gleichsetzen. Der Aussage „Was der Staat Israel heute mit den Palästinensern macht, ist im Prinzip auch nichts anderes als das, was die Nazis im Dritten Reich mit den Juden gemacht haben.“ stimmen laut den Daten der Mitte-Studie 18,3 Prozent manifest und 26,7 Prozent latent zu (Zick/Küpper 2021: 88 f.).

Der Autoritarismus-Studie zufolge sind es bei einer vergleichbaren Aussage („Israels Politik in Palästina ist genauso schlimm wie die Politik der Nazis im Zweiten Weltkrieg.“) 30,3 Prozent in manifester und gar 39,4 Prozent in latenter Form (Decker/Brähler 2020: 227). Antisemitismus in der Mitte der Gesellschaft ist über seinen Bilder- und Symbolvorrat verfügbar und abrufbar, darunter die angeblich typisch jüdische „Hakennase“, der „Marionettenspieler“ oder die „Krake“ (eine Krake, die die Welt umschlingt wird seit Jahren häufig als antisemitische Metapher gebraucht) (vgl. den Beitrag von Lars Rensmann in diesem Band). Begriffe wie „Brunnenvergifter“ oder „Ritualmord“ gehören ebenso in dieses Arsenal antisemitischer Narrative wie Jüdinnen und Juden zugeschriebene Attribute von Geldgier, Machtstreben oder Verschlagenheit. Hinzu kommen Allegorien wie beispielsweise die geografische Bezeichnung „Ostküste“, (die für das angeblich jüdisch

gesteuerte Finanzzentrum der USA steht), Personen wie der Unternehmer George Soros (der zum Inbegriff des profit- und machtgierigen Zerstörers nicht-jüdischer Völker stilisiert wird) oder Bezeichnungen und Schlagworte verschiedenster Art, darunter stets unbestimmt bleibende „Eliten“, „Globalisten“ oder eine ominöse „Neue Weltordnung“ (vgl. den Beitrag von Armin Langer in diesem Band).

Jüdinnen und Juden sind in Deutschland so stark bedroht wie lange nicht mehr, erklärte der Antisemitismusbeauftragte der Bundesregierung, Felix Klein, bei der Vorstellung des Lagebildes Antisemitismus am 7. November 2023 (zitiert nach Zeit.de 2023). Verschlimmert habe sich die Situation seit dem terroristischen Angriff der Hamas am 7. Oktober 2023. Doch schon vorherige Erhebungen hätten gezeigt, dass antisemitische Einstellungen in Deutschland wieder zunehmen, auch in der Mitte der Gesellschaft und vor allem unter jungen Menschen „Die bittere Bilanz: Antisemitismus hat einen Platz in Deutschland“ (vgl. ebd.). Vorliegende Studien geben jedoch Hinweise darauf, wie verbreitet antisemitische Stereotype in weiten Teilen der deutschen Gesellschaft sind, auch in deren Mitte (vgl. den Beitrag von Lars Rensmann in diesem Band).

Die Bertelsmann-Stiftung erklärte am 13. Dezember 2023, dass vor dem Hintergrund des Nahost-Konfliktes ein in Deutschland immer offener zutage tretender Antisemitismus besorgniserregend sei, der sich auch in einem Anstieg antisemitischer Übergriffe äußert. Neben „linkem und rechtem Antisemitismus“ sei „vor allem Antisemitismus in der muslimischen Bevölkerung in den Fokus der öffentlichen Debatten gerückt“, konstatiert die Bertelsmann Stiftung. Die Grundlage dieser Feststellung bildet der Religionsmonitor 2023, wobei festzustellen ist, dass die Zahlen für den aktuellen Religionsmonitor vor dem 7. Oktober 2023 erhoben wurden. Der Religionsmonitor 2023 habe bereits vor dem 7. Oktober 2023 gezeigt, dass ein „israelbezogener Antisemitismus“ in Deutschland besonders salonfähig sei. So stimmten im aktuellen Religionsmonitor insgesamt 43 Prozent der Befragten der Aussage zu, „was der Staat Israel mit den Palästinensern mache, sei im Prinzip nichts anderes, als was die Nazis im Dritten Reich mit den Juden gemacht hätten“ (Bertelsmann-Stiftung 2023).

Zudem fänden sich „israelbezogene antisemitische Einstellungen in stärkerem Maß bei Menschen, die zugewandert und in einem Land aufgewachsen sind, das weniger sensibilisiert ist für die Bedeutung, die der Holocaust für das deutsche Selbstverständnis und die daraus erwachsene Verantwortung hat“, erklärt der aktuelle Religionsmonitor der Bertelsmann Stiftung. Weiter erklärt der Monitor, dass „auch Musliminnen und Muslime, die ihre

Religion stärker praktizieren, häufiger antisemitische Haltungen zeigen“ und dass in „manchen Herkunftsländern muslimischer Einwanderinnen und Einwanderer Antisemitismus zum Teil religiös begründet“ werde (vgl. ebd.).

Fazit – Eine antisemitische Querfront in Deutschland?

„Antisemitismus und Israelfeindlichkeit sind verbindende Elemente zwischen Islamisten, deutschen und türkischen Links- und Rechtsextremisten und Anhängern extremistischer palästinensischer Organisationen“ (ZDF 2023). Das äußerte Thomas Haldenwang, Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV), Ende November 2023. Durch das „gemeinsame Feindbild Israel“ könnten zwischen einigen dieser Akteure Verbindungen hervorgehen, „die künftig in Einzelfällen zu einer stärkeren Zusammenarbeit führen könnten“ (ebd.).

Eine Querfront der extremistischen Phänomenbereiche in Deutschland existiert seit Jahren in Bezug auf *ideologische Übereinstimmungen*, was den Antisemitismus angeht. Eine *personell-organisatorische* Querfront gibt es *nicht zwischen allen* Extremismusphänomenbereichen, aber aktuell bereits zwischen Rechtsextremisten, „Reichsbürgern“ und „Selbstverwaltern“ sowie Delegitimierern. Das Bundesamt für Verfassungsschutz spricht von einer neuen Mischszene. Dazu gibt es auch eine Querfront von Islamisten, Salafisten, Mitgliedern des auslandsbezogenen Extremismus („türkische Rechtsextremisten“ und säkulare palästinensische Extremisten) sowie teilweise auch Linksextremisten („Boycott, Divestment & Sanctions“).

Referenzen

Antisemitismus und Rassismus (2023): Der Nahost-Krieg offenbart Risse in der deutschen Gesellschaft, 13. Dezember, <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/unsere-projekte/religionsmonitor/projektnachrichten/antisemitismus-und-rassismus-der-nahost-krieg-offenbart-risse-in-der-deutschen-gesellschaft> (abgerufen am 15. Juni 2024).

Bundesamt für Verfassungsschutz (2022): Lagebild Antisemitismus, Berlin, <https://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/publikationen/DE/allgemein/2022-04-lagebild-antisemitismus.html> (abgerufen am 15. Juni 2024).

Bundesministerium des Innern und für Heimat (2023): Verfassungsschutzbericht 2022, Berlin, https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/themen/sicherheit/vsb2023-BMI24018.pdf?__blob=publicationFile&v=7 (abgerufen am 15. Juni 2024).

- Christ, Johannes (2023): Die Lage in Zahlen. Tausende Tote in Nahost. So hoch sind die Verluste, <https://www.rnd.de/politik/tote-in-israel-und-gaza-so-viele-opfer-hat-der-konflikt-bisher-gekostet-NPPTLPU3DZEI7DUTK5KLDIXGGA.html> (abgerufen am 15. Juni 2024).
- Culina, Kevin (2023): Antisemitismus. Judenhass in Zahlen, 30. November, <https://www.welt.de/politik/deutschland/article248750394/Antisemitismus-in-Zahlen-Wie-der-Hamas-Terror-auch-in-Deutschland-zur-Eskalation-fuehrt.html> (abgerufen am 15. Juni 2024).
- Decker, Oliver/Brähler, Elmar (Hg.) (2020): Autoritäre Dynamiken. Neue Radikalität – alte Ressentiments. Leipziger Autoritarismus Studie, Gießen.
- Deutscher Bundestag (2011): Unterrichtung durch die Bundesregierung Bericht des unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus Antisemitismus in Deutschland – Erscheinungsformen, Bedingungen, Präventionsansätze. Drucksache 17/7700 17. Wahlperiode 10. November.
- Ermagan, Ninve (2023): Schänden, Foltern, Entblößen. Hamas-Terror, <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/ausland/hamas-vergewaltigung-kriegswaffe-frauen-israel-100.html> (abgerufen am 15. Juni 2024).
- Goertz, Stefan/Stockhammer, Nicolas (2023): Terrorismusbekämpfung und Extremismusprävention. Eine Einführung, Springer VS: Wiesbaden.
- RIAS Bayern (2021): „From the river to the sea“: Israelbezogener Antisemitismus in Bayern, 1. Oktober.
- Lutz, Martin (2023): Antisemitische Straftaten. Wie der Hamas-Terror in Sozialen Medien wirkt, 23. Dezember, <https://www.welt.de/politik/deutschland/article249198856/Starker-Anstieg-bei-antisemitischen-Straftaten.html> (abgerufen am 14. Juni 2024).
- Merkur.de (2023): Pro-Palästina-Demos: Rufe nach Kalifat in Deutschland, 8. November, <https://www.merkur.de/politik/hamas-terror-deutschland-pro-palaestina-demo-s-israel-krieg-kalifat-92656955.html> (abgerufen am 14. Juni 2024).
- RIAS Bayern (2023): Senatsverwaltung für Inneres und Sport Berlin 2023: Verfassungsschutzbericht 2022, Berlin.
- Speer, Moritz (2023): „Das ganze Land ist traumatisiert“, 4. November, <https://www.rnd.de/politik/hamas-terror-in-israel-ajc-direktor-beschreibt-graueultaten-in-kibbuzen-2FXHJ4CJCZAVXKPVVLUDYALJM.html> (abgerufen am 15. Juni 2024).
- Tagesschau.de (2023): Faktenfinder. Antiisraelische Narrative, 28. November <https://www.tagesschau.de/faktenfinder/kontext/antiisraelische-narrative-100.html> (abgerufen am 15. Juni 2024).
- Verfassungsschutz.de 2023: Bundesinnenministerin Nancy Faeser spricht Verbote gegen die Terrororganisation HAMAS sowie das Netzwerk „Samidoun“ aus, https://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/kurzmeldungen/DE/2023/2023-11-02-verbot_hamas-samidoun.html ((abgerufen am 23. Mai 2024).
- Welt.de (2023 a): Krieg gegen Israel. Dutzende in Kibbuz entdeckt, 11. Oktober, <https://www.welt.de/politik/ausland/article247929970/Israel-Dutzende-Leichen-in-Kibbuz-entdeckt-Es-ist-mehr-wie-ein-Pogrom-aus-der-Zeit-unserer-Grosseltern.html> (abgerufen am 23. Mai 2024).

- Welt.de (2023 b): Nach Hamas-Angriffen. Wenn in Berlin der palästinensische Terror bejubelt wird, 8. Oktober, <https://www.welt.de/politik/deutschland/article247877442/Nach-Hamas-Angriffen-Wenn-in-Berlin-der-palaestinensische-Terror-gegen-Israel-bejubelt-wird.html> (abgerufen am 19. Juni 2024).
- Welt.de (2023 c): In Kämpfermanier erklimmen sie den Neptunbrunnen und hissen die Palästinenser-Fahne, 7. 7. November, <https://www.welt.de/politik/deutschland/article248364650/Anti-Israel-Demos-In-Kaempfermanier-erklimmen-sie-den-Neptunbrunnen-und-hissen-die-Palaestinenser-Fahne.html> (abgerufen am 23. Mai 2024).
- Welt.de (2023 d): Zentralratschef Schuster. Antisemitische Äußerungen verstärkt aus linken, leider auch akademischen Kreisen, 7. Dezember, <https://www.welt.de/vermishtes/article248905650/Zentralratschef-Schuster-Antisemitische-Aeusserungen-verstaerkt-aus-linken-leider-auch-akademischen-Kreisen.html?cid=socialmedia.email.sharebutton> (abgerufen am 23. Mai 2024).
- ZDF heute (2023): Palästinenser-Netzwerk feiert Hamas-Angriff, 7. Oktober, <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/hamas-angriff-israel-samidoun-berlin-sonnenallee-100.html> (abgerufen am 17. Juni 2024).
- ZDF.de (2023): Bundesverfassungsschutz warnt: Deutsche Extremisten vereint im Israel-Hass, 28. November, <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/ausland/verfassungsschutz-haldenwang-extremismus-sicherheit-deutschland-israel-100.html#xtor=CS5-282> (abgerufen am 17. Juni 2024).
- Zeit.de (2023): „Die bittere Bilanz: Antisemitismus hat einen Platz in Deutschland“, <https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2023-11/lagebild-antisemitismus-2023-felix-klein> (abgerufen am 17. Juni 2024).
- Zick, Andreas/Küpper, Beate (Hg.) (2021): Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21, Dietz-Verlag: Bonn.

